

Nusbaas 5 Kurusna	
ABONE	
(Posta ücreti dahil olmak üzere)	
daha ileri hariç ileri	
Aylık	Türk Lirası 1.50 RM. 5.-
Üç aylık	" 4.25 " 13.-
Altı aylık	" 8.- " 25.-
Bir senelik	" 15.- " 50.-
Yahud mukabil	
Pazarları başka her gün çıkar	
İdarehane:	
Beyoğlu, Curnal sokak 7	
Telgraf adresi: Türkpost	
Telefon: Matbaa 44605	
Yazı İşleri 44606	
Posta Kutusu: İstanbul 1269	

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Kurus	
BEZUGSPREISE	
Inland Ausland	
1 Monat	Trp 1.50 RM. 5.-
3 Monate	" 4.25 " 13.-
6 Monate	" 8.- " 25.-
12 Monate	" 15.- " 50.-
oder Gegenwert	
Erscheint täglich außer Sonntage	
Geschäftsleitung:	
Beyoğlu, Curnal sokak 7	
Druckanstalt: Türkpost	
Fernsprecher:	
Geschäftsstelle: 44605	
Schriftleitung: 44606	
Postfach: İstanbul 1269	

Die „Times“ droht Tokio - Japaner vervollständigen die Blockade der chinesischen Küste Chamberlain kündigt Verhandlungen mit Tokio an

London, 28. Juni (A.A.)
In der wöchentlichen Sitzung des Kabinetts teilte Chamberlain mit, die britische Regierung habe mit Tokio Verhandlungen begonnen, um den Zwischenfall von Tientsin beizulegen.
Der Ministerpräsident wird heute nachmittag im Unterhaus zu dieser Frage eine neue Erklärung abgeben.
Andererseits wird aus den zuständigen Kreisen gemeldet, daß gestern Abend an den britischen Botschafter in Moskau, Seeds, neue Weisungen erteilt wurden.

Diese Weisungen an Seeds wurden auch der französischen Regierung mitgeteilt. Die Verhandlungen werden aber nicht eher wieder aufgenommen, als bis der französische Botschafter auch in der Lage sein wird, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

London, 28. Juni (A.A.)
In Beantwortung einer Anfrage des liberalen Abgeordneten Greenwood erklärte Chamberlain, daß er im Augenblick seiner am Montag abgegebenen Erklärung über Tientsin nichts hinzuzufügen habe.

„Ich hoffe indessen, so fuhr der Premierminister fort, bald in der Lage zu sein, eine neue Erklärung abzugeben. Nachrichten aus Hongkong lassen erkennen, daß die japanischen Marinebehörden ihre Absicht bekanntgegeben haben, die Häfen von Futschau und Wentschau heute — Dienstag — zu besetzen. Einzelheiten über diese Besetzungsmaßnahmen werden noch erwartet.“

Greenwood fragte dann, ob die britische Regierung beabsichtige, in Verbindung mit der in den vorgenannten Häfen für die Schifffahrt geschaffenen Lage Weisungen zu geben, ferner ob der Premierminister beabsichtige, die Zusammenarbeit mit anderen Nationen zu suchen, deren Schiffe in Futschau und Wentschau in gleicher Weise durch den neuen Stand der Dinge betroffen seien, und ob angesichts dieser immer bedrohlicher werdenden Lage die britische Regierung sich ohne Verzögerung mit anderen Mächten ins Benehmen setze, um um zu der Lage Stellung zu nehmen.
Chamberlain antwortete, daß er im Augenblick auf diese Fragen keine Erwiderung geben könne.

„Aufrichtige Annahme der japanischen Forderungen“

Tokio, 28. Juni (A.A.)
Der Sprecher des japanischen Außenministeriums erklärte heute, daß sein Ministerium gestern nachmittag eine Mitteilung herausgegeben habe, worin der Wiederbeginn der englisch-französischen Besprechungen angekündigt wird.

Aus unterrichteter Quelle erfährt man, daß diese Mitteilung Verhandlungen für die Beilegung des Zwischenfalls von Tientsin auf diplomatischem Wege ankündigt, und zwar für den Beginn der kommenden Woche zwischen den Vertretern der beiden Regierungen in Tokio unter dem Vorsitz von Außenminister Arita und Botschafter Craigie. Auch der englische Konsul Jameson und der japanische Generalkonsul Taschiro werden in Tientsin bleiben, um sich mit der Lage zu befassen.

Die Presse zeigt sich einer Regelung gegenüber günstig. So schreibt die Zeitung „Asahi Shimbun“:

„Tokio, das eine Verschlimmerung der japanisch-englischen Beziehungen befürchtet, hat sich entschlossen, eine friedliche Regelung der gegenwärtigen Zwischenfälle zu erreichen, wenn man englischerseits bereit ist, die japanischen Forderungen wirklich aufrichtig anzunehmen.“

Tientsin, 28. Juni (A.A.)

Domei-Agentur meldet:
Die unterrichteten Kreise in Tientsin erklären, daß die japanischen Stellen keinerlei Einwände gegen die Eröffnung von Verhandlungen in Tokio zur Beilegung des englisch-japanischen Streitfalles machen. In diesen Kreisen ist man aber der Auffassung, daß die Engländer folgende Mindestbedingungen annehmen müssen:

1. Die Suche nach den japanischen Elementen in der britischen Niederlassung muß gemeinsam mit den Japanern und Engländern vorgenommen werden.
2. Mit den Manövern zur Verwirrung der wirtschaftlichen Interessen in Nordchina muß aufgehört werden.
3. Die britischen Stellen müssen mit der Wirtschaftspolitik des neuen Regimes zusammenarbeiten.

4. Der Regierung in Peking müsse die Stillbestände zurückgegeben werden, die auf 48 Millionen Yen geschätzt werden und die bei den chinesischen Banken ruhen, die sich in der britischen Niederlassung befinden.

Tokio, 28. Juni (A.A.)
Abteilungen japanischer Marine-Infanterie sind auf den vor Wentschau und Futschau gelegenen Inseln gelandet, um gegen diese Häfen vorzustoßen, deren Einnahme durch die Japaner die Streitkräfte Tschiangkaicheks von jeder Verbindung mit der Küste abschneiden würde.

Schanghai, 28. Juni (A.A.)
Die Domei-Agentur meldet:
Die japanischen Marinebehörden haben heute folgende Mitteilung herausgegeben:
Das japanische Landungskorps hat die Inseln Yahan und Kawen vor den Häfen von Wentschau und Futschau besetzt. Nach Meinung der japanischen Beobachter wird durch diese Aktion gegen den Hafen von Futschau die Besetzung aller wichtigen Häfen der chinesischen Küsten der Japaner vollendet.

Hongkong, 28. Juni (A.A.)
Der japanische Generalkonsul in Swatow hat die englische Forderung nach einer Einfahrt der ausländischen Schiffe in den Hafen von Swatow abgelehnt.

Berlin lehnt die englischen Argumente als „Spiegelfechterei“ ab Londoner Note zum Flottenabkommen

Berlin, 29. Juni.
Das englische Außenamt hat gestern Abend ein Memorandum über die Kündigung des deutsch-englischen Flottenabkommens veröffentlicht. Die Denkschrift wurde im Reichsaussenministerium durch den britischen Botschafter in Berlin überreicht.

In der englischen Mitteilung wird erklärt, es sei nicht der Fall, daß England immer eine feindliche Haltung Deutschland gegenüber einnehmen müsse. England werde sich nur feindlich verhalten, wenn Deutschland einen Angriffskrieg gegen ein anderes Land unternähme.
Ferner wird in dem Memorandum die Behauptung zurückgewiesen, daß die britische Politik gegenüber Deutschland eine Einkreisungspolitik sei. England habe weder den Wunsch noch die Absicht, die Entwicklung des deutschen Handels zu hemmen, es sehe der Entwicklung und weiteren Besserung des deutschen Handels gern entgegen, wenn nur das Vertrauen und der gute Wille wieder hergestellt werden können. Wenn Deutschland ein neues Flottenabkommen abschließen wolle, dann würde England gewisse Hinweise über Umfang und Ziele erhalten wollen, die Deutsch-

Amerikas Neutralitätsgesetz soll geändert werden

Washington, 28. Juni (A.A.)
Im amerikanischen Parlament begann die Aussprache über das vorgeschlagene Neutralitätsgesetz nach dem Bericht des Ausschusses.

Der gegenwärtige Wortlaut sieht folgendes vor:

1. Im Kriegsfall und „wenn dies für die Sicherheit oder für die Aufrechterhaltung des Friedens der Vereinigten Staaten oder für den Schutz des Lebens amerikanischer Bürger notwendig ist“, bestimmt der Präsident die kriegsführenden Staaten.
2. Von diesem Augenblick an ist es amerikanischen Bürgern untersagt, auf Schiffen dieser Staaten zu reisen.
3. Vom Zeitpunkt der Verkündung der kriegsführenden Staaten an ist es untersagt, den kriegsführenden Regierungen Kredite zu gewähren, oder von ihnen Wertpapiere zu kaufen, oder ihnen zu verkaufen, ausgenommen kurzfristige Handelskredite, die durch den Präsidenten alle drei Monate der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden müssen. Bei allen Zwischendingen können Strafen von 50.000 Dollar oder Gefängnis verhängt werden.
4. Es ist ferner dann verboten, irgendwelche Eigentümern an Waren auf einen Ausländer zu übertragen, bevor diese Waren aus den Vereinigten Staaten ausgeführt sind.
5. Der Präsident hat die Befugnis für humanitäre Zwecke der Kriegsführenden bekanntzugeben.
6. Das Neutralitätsgesetz findet auf die südamerikanischen Republiken keine Anwendung. Das Gesetz bestätigt die in Kraft stehenden

Die britischen Marinebehörden werden jetzt die Handelsschiffe, die den Hafen von Swatow anlaufen wollen, und denen man nicht freie Durchfahrt gewähren will, durch Kriegsschiffe begleiten lassen.

Schanghai, 28. Juni (A.A.)
Nach einer Mitteilung des britischen Dampfers „Joan Moller“, der gegenwärtig in Wentschau ist, werden alle ausländischen Handelsschiffe heute den genannten Hafen verlassen.

London, 28. Juni (A.A.)
Die „Times“ schreibt:
Japan fordert seit einigen Wochen die Engländer im Fernen Osten heraus und es scheint die britischen Interessen in China zerstören zu wollen. Wenn Japan auf dieser Herausforderung besteht, dann wird es angenommen werden. Japan ist durch einen wirtschaftlichen Druck sehr verletzbar. Seine neugeschaffenen Industrien sind fast ganz von den ausländischen Einfuhren abhängig, die in einem großen Maß aus verschiedenen Teilen des britischen Reiches kommen. Die japanische Armee hat auf dem asiatischen Festland Schwierigkeiten. Man darf daher nicht glauben, daß die japanische Regierung die Dinge zum Äußersten treiben wird. Man muß hervorheben, daß, wenn ein Krieg entstehen sollte, die großen japanischen Schifffahrtslinien in große Gefahr kommen,

land bei einem neuen Abkommen für angemessen ansehe.

Berlin, 29. Juni.
Der „Deutsche Dienst“ beschäftigt sich eingehend mit der gestern im Reichsaussenministerium überreichten englischen Denkschrift, die von der Korrespondenz als „typisches Beispiel von Spiegelfechterei“ bezeichnet wird. In dieser Stellungnahme weist der „Deutsche Dienst“ darauf hin, daß der Führer persönlich in seiner Reichstagsrede vom 21. Mai 1935 zum ersten Mal die 35prozentige Begrenzung der Flottenstärke angeboten habe, in dem Wunsch und in der Überzeugung, dadurch für alle Zeiten einen Krieg zwischen Deutschland und England unmöglich zu machen. Man betont ferner, daß diese deutsch-englische Verständigung in allen Besprechungen, zum Teil durch den Führer persönlich, als das einzige Zugeständnis für die deutsche Flottenbegrenzung bezeichnet wurde. Es sei darum unbillig, die Flottenbegrenzung Deutschlands nur als einen Teil des deutschen Beitrages zu bezeichnen.
Welchen Anlaß hätte Deutschland, seine Flotte auf 35% zu begrenzen, wenn nicht dafür als primitivste Gegenleistung die Aus-

Der Ernst der Lage

London, 29. Juni.
Die englische Morgenpresse bringt heute die in Berlin überreichte Note in großer Aufmachung. Die meisten Blätter enthalten sich einer unmittelbaren Stellungnahme dazu. In den Leitartikeln wird im allgemeinen auf den Ernst der außenpolitischen Lage und die Haltung Englands gegenüber Deutschland hingewiesen.

Propaganda-Aktion der englischen Regierung

London, 29. Juni.
Eine große englische Propagandaaktion wird heute vom „Daily Express“ und anderen Blättern angekündigt. Diese Aktion soll unter der Mitwirkung führender Kabinettsmitglieder vor sich gehen.

In Zusammenhang damit steht eine offenkundig bestellte Anfrage des Arbeiterabgeordneten Henderson im Unterhaus zu einer Bemerkung des Reichsministers Dr. Goebbels über die Verhandlungen Chamberlains um eine Verständigung.
Hierzu nimmt der „Deutsche Dienst“ Stellung und meint, keine Rede von Dr. Goebbels habe einen Angriff auf Chamberlain enthalten. Dr. Goebbels habe sich nur mit den deutschen Forderungen auseinandergesetzt und deren Berechtigung unterstrichen, wobei er die Verständigungslosigkeit Englands betont und die Gegenseite aufgefordert habe, die zwischen den Friedensrednern Chamberlains und den britischen Kriegsvorbereitungen beständen.

Die Kriegstreiber seien Churchill, Eden und Duff Cooper, und deshalb müsse sich Chamberlain bei seinen früheren Regierungskollegen und bei seiner eigenen Presse beklagen. An diese Kreise seien die Beschwerden über die Kriegsetzerei zu richten.

ohne daß es notwendig wäre, dafür Luftstreitkräfte und Streitkräfte der Marine in wesentlich höherem Maße einzusetzen, als sie bereits im Fernen Osten zur Verfügung stehen. Die Verbindungen zwischen Japan und China sind ebenfalls verletzbar. Wir hoffen fest, daß eine Regelung erzielt wird, aber die Geduld des britischen Volkes ist nicht unererschöpflich.

Weitere Zusammenstöße in der Mongolei

Moskau, 28. Juni (A.A.)
Die Tass-Agentur meldet:
Nach Mitteilungen des Generalstabes der mongolisch-sowjetischen Truppen wurde am 27. Juni ein neuer Angriff durch die japanisch-mandschurische Fliegerregiment gegen das Gebiet der mongolischen Volksrepublik in der Gegend von Tamtschubak, 120 km von der Grenze entfernt durchgeführt.
An dem Angriff war die japanisch-mandschurische Fliegerregiment mit etwa 80 Jagdflugzeugen und 30 Bombern beteiligt.
Nach einem kurzen Zusammenstoß wurden 7 japanische Flugzeuge, darunter zwei Bomber, abgeschossen, 6 Sowjetflugzeuge kamen nicht mehr zu ihrer Basis zurück, die Suche nach ihnen wird fortgesetzt.

Das Bombardement beschädigte zwei kleine Häuser in Bainsuinen, wobei 5 Personen verletzt wurden.

Hinsichtlich der Einkreisungsabsicht Englands verweist der „Deutsche Dienst“ auf die gleiche Vorkriegspolitik der englischen Regierung. Es sei nützlich zu behaupten, daß Englands Politik nur gegen einen Angriff gerichtet sei. Wer wolle denn einen Angreifer feststellen? Wahrscheinlich die britische Regierung selbst, oder sollte dazu etwa die Genfer Liga wieder ins Leben gerufen werden?

Die Behauptung, daß Deutschland gegen einzelne Länder aggressiv gehandelt habe, wird als ein Beispiel typischer englischer Heuchelei bezeichnet, denn die Eingliederung Oesterreichs, des Sudetenlandes und des Memelgebietes sei eben gerade auf Wunsch der Bevölkerung erfolgt, um Angriffen und Bedrohungen ebenso wie der Unterdrückung ein Ende zu machen. Dasselbe gelte für Böhmen und Mähren, die niemals britischem Einfluß unterstanden, wohl aber seit tausend Jahren zum deutschen Reich und zu Oesterreich-Ungarn gehörten.
Im übrigen, so schließt der „Deutsche Dienst“ werde die Reichsregierung zu dem englischen Memorandum zur gegebenen Zeit Stellung nehmen.

Der Stand der englischen Armee

London, 28. Juni (A.A.)
Der englische Armeestab veröffentlicht ein Weißbuch über die Erhöhung der Bestände der Armee auf 275.000 Mann, d. h. eine Vermehrung um 89.300 über den ursprünglichen Vorschlag hinaus. In dem Weißbuch wird dargelegt, daß diese Ziffer die Höchstbestände an Offizieren, Soldaten und Mannschaften von 1939 darstelle, darin einbezogen die Reservisten und die einberufenen Hilfskräfte.

Richtigstellung einer Havas-Meldung

Istanbul, 29. Juni.
Die Havasagentur in Ankara hatte gemeldet, daß in Erwartung neuer Ereignisse alle diplomatischen Vertreter trotz der Sommersaison in Ankara geblieben seien und nur der deutsche Botschafter von Papen nach seiner Sommerresidenz am Bosphorus gereist sei, und zwar sei dies auf Weisung von Berlin erfolgt, als Zeichen der Ablehnung der Politik der türkischen Annäherung an England und Frankreich.

Diese leichtfertige Meldung wundert uns etwas, denn dem Havasvertreter in Ankara wäre es, wie der Presse in Istanbul, möglich gewesen, festzustellen, daß zur Zeit der Abreise seines Telegammes bereits eine Reihe von diplomatischen Vertretern, insbesondere der Großmächte, ihren Sommerort an den Bosphorus verlegt hatte.

Man vermutet, daß irische Terroristen den Brand angestekt haben, durch den am Dienstag vier große Gebäude in der Londoner City vernichtet wurden.

„Rumänien ist entschlossen, zu behalten, was es besitzt“

Bukarest, 28. Juni (A.A.)
Der offizielle Besuch des ägyptischen Außenministers Yahya Pascha hat eine neue Gelegenheit geboten, um die herzliche Freundschaft zu bestätigen, die Ägypten und Rumänien verbindet. Im Laufe der Besprechungen Yahya Paschas mit dem Ministerpräsidenten Calinescu, Außenminister Gafencu sowie den anderen Mitgliedern der rumänischen Regierung zeigte sich auf beiden Seiten die feste Entschlossenheit, diese Freundschaft weiter zu entwickeln durch Vertiefung der zwischen beiden Ländern bestehenden bedeutsamen wirtschaftlichen Beziehungen.

Bukarest, 28. Juni (A.A.)
Ministerpräsident Calinescu legte bei

Daladiers Worte zum Abschluss der Parlaments-Session

Paris, 28. Juni (A.A.)
Zu der Erklärung Daladiers in der Kammer betonten die meisten Zeitungen die Tatsache, daß diese Erklärung nicht durch eine bestimmte Verschlimmerung der außenpolitischen Lage hervorgerufen sei, sondern eine Erinnerung an die Wirklichkeit darstelle.

Der „Matin“ schreibt:
„Man muß in der entschlossenen Sprache eine Warnung vor der Demagogie und den leichtsinnigen Worten erheben, einen Appell an die Sammlung der Herzen in der verständnisvollsten Einigkeit der harten Wirklichkeit der Stunde und nicht die Ankündigung einer neuen Drohung, einer besonderen und plötzlichen Verschlimmerung der europäischen Lage. Diese bleibt, wie sie gestern war: ernst, aber nicht dramatisch.“

„Petit Parisien“ meint:
„Was man schwer ausdrücken kann, das lag in dem lebensschmerzhaften Interesse, das gestern die ganze Kammer den Worten des Regierungschefs entgegenbrachte, ohne daß sich

„Ein Dorn im Fleische Spaniens“

Madrid, 29. Juni.
Als einem „Dorn im Fleische Spaniens“ bezeichnet die spanische Presse Gibraltar. Die Reden der nationalsozialistischen Führer, dann kann man nur zu folgendem Schluß kommen:
Das Unheil wird kommen und es wird bald kommen.
Ich möchte Hiter sagen, er solle reichlich darüber nachdenken, bevor er das Risiko auf sich nimmt, sein Land in ein schreckliches Unbekanntes zu stürzen. Ich möchte Hiter davon überzeugen können, daß das britische Volk am Ende seiner Geduld angelangt ist.“

Der Stand der englischen Armee

London, 28. Juni (A.A.)
Der englische Armeestab veröffentlicht ein Weißbuch über die Erhöhung der Bestände der Armee auf 275.000 Mann, d. h. eine Vermehrung um 89.300 über den ursprünglichen Vorschlag hinaus. In dem Weißbuch wird dargelegt, daß diese Ziffer die Höchstbestände an Offizieren, Soldaten und Mannschaften von 1939 darstelle, darin einbezogen die Reservisten und die einberufenen Hilfskräfte.

Man vermutet, daß irische Terroristen den Brand angestekt haben, durch den am Dienstag vier große Gebäude in der Londoner City vernichtet wurden.

London, 28. Juni (A.A.)
Athen, 28. Juni (A.A.)
Vier englische Militär-Wasserflugzeuge sind in dem griechischen Hafen Argostoli niedergelangen.

Den Haag, 28. Juni (A.A.)

Die niederländische Regierung hat eine Vorlage über einen zusätzlichen Kredit für die nationale Verteidigung in Höhe von 33 Millionen Gulden eingebracht. Dieser Betrag ist durch neue Ausgaben notwendig geworden.

Kösciwanoff reist am 3. Juli nach Berlin

Sofia, 29. Juni (A.A.)
Der schon seit mehreren Monaten vorgesehene Besuch Kösciwanoffs in Berlin ist auf Anfang Juli festgesetzt worden. Der bulgarische Ministerpräsident wird am 3. Juli von Sofia abreisen und drei Tage in Berlin verweilen.